



An den Grossen Rat

23.5469.02

JSD/P235469

Basel, 1. November 2023

Regierungsratsbeschluss vom 31. Oktober 2023

Interpellation Nr. 123 Mahir Kabakci «betreffend die Sicherheitssituation im Kleinbasel»

(Eingereicht vor der Grossratssitzung vom 18. Oktober 2023)

«Die Sicherheit im Sinne der Gewaltfreiheit für alle Menschen, die in Basel leben, ist eine zentrale Voraussetzung für eine lebenswerte Stadt. Entsprechend stellt die Bekämpfung von Gewalt einen Schwerpunkt in der regierungsrälichen Planung dar. Es ist zu berücksichtigen, dass Sicherheit und Sicherheitsempfinden komplexe Themen sind, die von verschiedenen Faktoren wie z.B. geografische Lage, Geschlecht, sozio-demografisches Umfeld, bauliche Massnahmen, mediale Darstellungen und gesellschaftliche Stigmatisierung etc. beeinflusst werden. Je nach Bereich gibt es eine hohe Dunkelziffer.

Die polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) von 2022 zeigt im Gegensatz zum Jahr 2021 einen Anstieg der registrierten Gewaltdelikte im Kanton Basel-Stadt. Es gibt eine deutlich ungleiche geografische Verteilung in der Stadt: Besonders im unteren Kleinbasel haben sich gewisse Delikte, wie zum Beispiel in der Dreirosenanlage, gehäuft.

Entsprechend wichtig ist es, dass langfristig und departementsübergreifend analysiert und gehandelt wird. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, könnte eine interdepartementale Arbeitsgruppe mit externen Organisationen wie zum Beispiel Schwarzer Peter, Elim, etc. eingerichtet werden, um unterschiedliches Fachwissen zusammenzubringen und die vorhandenen Ressourcen besser zu nutzen oder auszubauen.

Ich bitte den Regierungsrat höflichst um die Beantwortung meiner Fragen:

1. Wie interpretiert der Regierungsrat die polizeiliche Kriminalstatistik in Bezug auf das untere Kleinbasel?
2. Wie sieht der Regierungsrat die aktuellen Entwicklungen im unteren Kleinbasel, insbesondere im Dreirosenpark, Matthäusplatz, Kaserne, Klybeck, etc.?
3. Was sind aus Sicht des Regierungsrates entscheidende Faktoren für die Sicherheit im unteren Kleinbasel?
4. Welche Faktoren tragen im Kleinbasel dazu bei, dass sowohl mehr Gewaltvorkommnisse als auch ein schlechteres Sicherheitsempfinden stattgefunden haben?

5. Wie gedenkt der Regierungsrat, das Vertrauen in die Sicherheit der Bevölkerung im unteren Kleinbasel zu stärken?
6. Welche Best Practices und Erfahrungen aus anderen Städten zieht der Regierungsrat bei?
7. Wie funktioniert die departementsübergreifende Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit, und wie kann diese verbessert werden? Welche polizeiexternen Faktoren müssen verbessert werden (sozioökonomisch, migrationsrechtlich, städtebaulich, etc.), damit es zu geringeren Vorfällen im unteren Kleinbasel kommt?
8. Welche Expertise und Ressourcen sind erforderlich, um eine interdepartementale Arbeitsgruppe mit externen Organisationen (wie oben erwähnt) zur Sicherheitsverbesserung im unteren Kleinbasel einzurichten, langfristig aufrechtzuerhalten und deren Tätigkeit regelmässig auszuwerten?
9. Hat der Regierungsrat bei den Entscheidungen, weitere Belastungsfaktoren ins untere Kleinbasel zu verlagern (z.B. Verschiebung Gassenküche, provisorische Wohnsiedlung für Asylsuchende bzw. UMA's, Vergrösserung ELIM), bedacht, dass hier bereits die Auswirkungen des Bundesasylzentrums, des Gassenzimmers sowie der hohen Anzahl an Wohnungen für Menschen mit geringen Wohnkompetenzen im dichtbesiedeltesten Quartier sicherheitsrelevante Folgeerscheinungen bringen könnten?
10. Wie kann die Situation im unteren Kleinbasel, das durch verschiedene (wie oben erwähnten) Faktoren stark belastet ist, konkret verbessert werden? Welche Maßnahmen ergreift der Regierungsrat diesbezüglich kurz-, mittel- und langfristig unter Einbezug aller relevanten Faktoren (soziodemografisches Umfeld, finanzielle Mittel, Bildungsstatus, fehlende Naherholungsgebiete und Grünflächen, dichte Wohnverhältnisse, etc.)?
11. Wie möchte der Regierungsrat verhindern, dass zusätzlich zu der zugespitzten Situation im unteren Kleinbasel weiterer Kriminaltourismus aus den Nachbarsländern angezogen wird? Ist der Regierungsrat in Kontakt mit den ausländischen (französisch-deutschen) Behörden? Falls ja, in welchen Bereichen gibt es eine Zusammenarbeit? Falls nein, weshalb nicht?
12. Welche Strategie verfolgt der Regierungsrat hinsichtlich Jugendlicher und junger Erwachsener, die aufgrund ihrer ungeklärten Situation oder ihres Aufenthaltsstatus mit Perspektivlosigkeit konfrontiert sind und teilweise keinen strukturierten Alltag haben? Ist der Regierungsrat mit Akteuren wie beispielsweise dem Staatssekretariat für Migration SEM, welches das Bundesasylzentrum betreibt, in Kontakt, und falls ja, welche Möglichkeiten und Lösungen konnten diskutiert beziehungsweise erreicht werden?
Mahir Kabakci»

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

A. Grundsätzliche Bemerkungen

Der Regierungsrat teilt die Meinung des Interpellanten, dass die Situation im unteren Kleinbasel problematisch ist. Die Dreirosenanlage wird vielfältig, von teilweise schwierigen Personengruppen mit unterschiedlichen Interessen genutzt – Konflikte sind dabei vorprogrammiert. Auf der und rund um die Dreirosenanlage kam es 2023 zu einer signifikanten Häufung von Gewalttaten sowie Eigentumsdelikten und der Drogenhandel floriert sichtbar. Dies mitten in einem belebten Wohnquartier und in unmittelbarer Nähe zum Theobald Baerwart Schulhaus und zur Primarschule Dreirosen sowie zum Freizeitzentrum Dreirosen. Aussergewöhnlich häufig sind dabei im unteren Kleinbasel junge Männer aus den Maghreb-Staaten, die im Bundesasylzentrum oder in Asylunterkünften in der Region wohnhaft sind, polizeilich auffällig. Die Kantonspolizei ist deshalb auf der Dreirosenanlage im Dauereinsatz. Nach Einbruch der Dunkelheit muss vor allem in den Sommermonaten aber auch das Kleinbasler Rheinufer durch die Kantonspolizei intensiv kontrolliert werden. Fast zeitgleich breitet sich zum verständlichen Unmut der Anwohnerschaft auf dem Matthäuskirchplatz die

Drogenszene aus. Der Regierungsrat hat deshalb grosses Verständnis für die Sorgen der Quartierbevölkerung und allen im unteren Kleinbasel beruflich oder privat engagierten Personen.

B. Zu den konkreten Fragen

1. *Wie interpretiert der Regierungsrat die polizeiliche Kriminalstatistik in Bezug auf das untere Kleinbasel?*

Die Polizeiliche Kriminalstatistik, die das Bundesamt für Statistik einmal jährlich für die Schweiz und die Kantone erstellt, beruht auf schweizweit einheitlich erhobenen und auf einen bestimmten Stichtag hin aufbereitete Daten. Die Häufigkeitszahlen der angezeigten Straftaten werden nur für den Kanton und die Gemeinden, nicht aber für einzelne Quartiere ausgewiesen. Der Regierungsrat kann die Polizeiliche Kriminalstatistik daher nicht in der nachgefragten Weise interpretieren. Es ist aber, wie bereits einleitend festgestellt, auch so evident, dass das untere Kleinbasel mittlerweile einen polizeilichen Brennpunkt darstellt.

2. *Wie sieht der Regierungsrat die aktuellen Entwicklungen im unteren Kleinbasel, insbesondere im Dreirosenpark, Matthäusplatz, Kaserne, Klybeck, etc.?*

Die derzeit problematische Situation im unteren Kleinbasel steht im Fokus des Regierungsrates. Dabei gilt es, die unterschiedlichen Ausprägungen und Problemstellungen differenziert zu analysieren. So zeigt sich die Situation mit Gewalt, Eigentumsdelikten und Drogenhandel auf der Dreirosenanlage anders als am Matthäuskirchplatz, wo Lärm, Littering und Substanzkonsum im Vordergrund stehen. Dementsprechend sind die Massnahmen zu differenzieren und werden unter Beteiligung der verschiedenen involvierten Departemente ergriffen.

3. *Was sind aus Sicht des Regierungsrates entscheidende Faktoren für die Sicherheit im unteren Kleinbasel?*
4. *Welche Faktoren tragen im Kleinbasel dazu bei, dass sowohl mehr Gewaltvorkommnisse als auch ein schlechteres Sicherheitsempfinden stattgefunden haben?*

Die Sicherheit im unteren Kleinbasel wird von einer Vielzahl von Faktoren negativ beeinflusst. Zu nennen sind besonders die hohe Kriminalität, Drogen- und Alkoholmissbrauch, sozioökonomische Struktur, bauliche Dichte und Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum. Eine ganzheitliche Herangehensweise, die soziale, städteplanerische, repressive und politische Aspekte berücksichtigt, ist entscheidend, um die Sicherheit im Kleinbasel zu verbessern.

5. *Wie gedenkt der Regierungsrat, das Vertrauen in die Sicherheit der Bevölkerung im unteren Kleinbasel zu stärken?*

Aufgrund der Häufung von Gewalttaten und weiteren Delikten auf der Dreirosenanlage erhöhte die Kantonspolizei die Patrouillentätigkeit massiv und war den ganzen Sommer über sehr präsent. Zudem ist weiterhin der staatlich finanzierte Rangerdienst mit Sozialarbeitern im Einsatz. Da auch diese Massnahmen nicht ausreichten, wurde Anfang August 2023 auf der Dreirosenanlage eine Videoüberwachungsanlage installiert. Die Videoüberwachung dient sowohl der Prävention als auch der Strafverfolgung. Parallel werden weitere Massnahmen wie bauliche Anpassungen oder neue Beleuchtungskonzepte geprüft. Rund einen Monat nach Inbetriebnahme der Videoüberwachung des Dreirosenareals zog die Kantonspolizei eine erste Zwischenbilanz: Die schweren Gewaltstraf- taten gingen zwar zurück, Drogenhandel und Kleinkriminalität finden auf dem und um das Areal jedoch weiterhin statt. Über die Dreirosenanlage hinaus kontrolliert die Kantonspolizei aber auch weitere Hotspots im Kleinbasel intensiv, etwa das gesamte Rheinufer in den Sommermonaten oder das Kasernenareal.

Was die Drogenszene rund um den Matthäuskirchplatz anbelangt, so werden von etwa 30-35 Personen hauptsächlich Kokain, aber auch Benzodiazepine und weitere Substanzen konsumiert. Konflikte und laute Wortwechsel sind häufig, die Lärmbelästigung für die Anwohnenden dadurch sehr hoch. Die Abfallmengen rund um die Parkbänke und auf dem Kirchplatz sind erheblich, gelegentlich sind auch gebrauchte Spritzen anzutreffen. Die Massnahmen gemäss dem Vier-Säulen-Modell, die

auch national erfolgreich zur Verringerung negativer Auswirkungen von Substanzkonsum auf die Gesellschaft beitragen, wurden im Zuge der aufgetretenen Veränderungen bereits intensiviert.

Der Regierungsrat hat aufgrund der Zustände im unteren Kleinbasel im September 2023 das Justiz- und Sicherheitsdepartement, das Gesundheitsdepartement, das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt sowie das Präsidialdepartement beauftragt, kurz-, mittel- und langfristige Massnahmen zur Stabilisierung der Situation auf der Dreirosenanlage und der entstehenden offenen Drogenszene auf dem Matthäuskirchplatz zu entwickeln. Zudem sollen die Themen Rückführung von weggewiesenen Personen, Vollzug der Ausschaffungshaft und Aufhebung des Arbeitsverbots für Asylsuchende auf nationaler Ebene anhängig gemacht werden. Zu den Ergebnissen der interdepartementalen Arbeiten und den entsprechenden Massnahmen wird der Regierungsrat sobald als möglich berichten.

6. Welche Best Practices und Erfahrungen aus anderen Städten zieht der Regierungsrat bei?

Der Kanton Basel-Stadt ist gut vernetzt und in verschiedenen interkantonalen Gremien vertreten, in welchen sich die Mitglieder über die jeweiligen Situationen in den Städten oder Kantonen austauschen sowie Herausforderungen und Massnahmen diskutieren. Dabei gilt es, die lokalen Gegebenheiten, welche variieren, zu berücksichtigen.

7. Wie funktioniert die departementsübergreifende Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit, und wie kann diese verbessert werden? Welche polizeiexternen Faktoren müssen verbessert werden (sozioökonomisch, migrationsrechtlich, städtebaulich, etc.), damit es zu geringeren Vorfällen im unteren Kleinbasel kommt?

Die departementsübergreifende Zusammenarbeit funktioniert gut. Derzeit wird – wie vorerwähnt – interdepartemental an kurz- mittel- und langfristigen Massnahmen zur Verbesserung der Situation gearbeitet. Die polizeiexternen Faktoren werden interdepartemental identifiziert und entsprechende Massnahmen geprüft. Der Regierungsrat strebt eine stärkere Durchmischung in den Quartieren an.

8. Welche Expertise und Ressourcen sind erforderlich, um eine interdepartementale Arbeitsgruppe mit externen Organisationen (wie oben erwähnt) zur Sicherheitsverbesserung im unteren Kleinbasel einzurichten, langfristig aufrechtzuerhalten und deren Tätigkeit regelmäßig auszuwerten?

Die notwendigen Expertisen sind vorhanden oder werden eingeholt. Leider ist es aber so, dass auch mit dem entsprechenden Fachwissen aufgrund faktischer oder rechtlicher Hindernisse gewisse strukturelle Probleme nicht immer lösbar sind. Ob und welche zusätzlichen Ressourcen erforderlich sind, ist ebenfalls Gegenstand der laufenden Abklärungen.

9. Hat der Regierungsrat bei den Entscheidungen, weitere Belastungsfaktoren ins untere Kleinbasel zu verlagern (z.B. Verschiebung Gassenküche, provisorische Wohnsiedlung für Asylsuchende bzw. UMA's, Vergrößerung ELIM), bedacht, dass hier bereits die Auswirkungen des Bundesasylzentrums, des Gassenzimmers sowie der hohen Anzahl an Wohnungen für Menschen mit geringen Wohnkompetenzen im dichtbesiedeltesten Quartier sicherheitsrelevante Folgeerscheinungen bringen könnten?

Die Gassenküche ist kein Belastungsfaktor, sondern ein wichtiges Angebot für Menschen in Armut und Einsamkeit. Der Standort im Matthäus ist dabei sinnvoll. Die Gassenküche wird durch einen privaten Verein geführt. Der Kanton unterstützt den Verein mit einem Staatsbeitrag im Umfang von rund 20 % des Aufwands. Der neue Standort wurde entsprechend nicht durch den Kanton gesucht und bestimmt.

Anfangs Juni 2023 wurden die temporären Wohn- und Schulräume für Geflüchtete auf dem Erlenmattplatz in Betrieb genommen. Dieser Betrieb ist rund um die Uhr betreut, in der Nacht ist Sicherheitspersonal eingesetzt. Bisher sind keine nennenswerten Vorfälle zu verzeichnen. Weitere grössere Asyleinrichtungen sind zurzeit im Kleinbasel nicht vorgesehen. Im Gegenteil: Wie vertraglich vereinbart – und auch so bereits kommuniziert – läuft der Mietvertrag zwischen dem Kanton Basel-

Stadt und dem Staatssekretariat für Migration für die Zivilschutzanlage an der Bonergasse per Ende Dezember 2023 aus und wird durch den Kanton nicht verlängert. Der Betrieb wird Ende Jahr eingestellt und die Anlage geschlossen.

Periodisch überprüft werden müssen die Standorte der Kontakt- und Anlaufstellen (K+A). Nach anfänglich drei K+A an den Standorten Spitalstrasse, Heuwaage und Riehenring werden seit 2014 noch lediglich zwei K+A an den Standorten Dreispitz und Riehenring betrieben. Durch zwei Standorte – je einer im Kleinbasel und einer im Grossbasel – mit den bewährten und sich abwechselnden Öffnungszeitenstern am Tag soll vermieden werden, dass die Kundschaft den ganzen Tag in derselben K+A verweilt und gegebenenfalls das dortige Umfeld belastet. Zudem leisten auch die alternierenden Sonntagsöffnungen der K+A einen Beitrag zur Entlastung der Standortquartiere.

Das Haus Elim sowie das ambulant betreute Wohnen des Vereins Diakonische Stadtarbeit Elim sind staatlich anerkannte Wohneinrichtungen, die durch eine Leistungsvereinbarung mit dem Kanton Basel-Stadt finanziert werden.

Zwar beeinflusst die Präsenz der genannten Einrichtungen die Probleme an gewissen Hotspots, sie sind aber nicht alleine ursächlich.

10. *Wie kann die Situation im unteren Kleinbasel, das durch verschiedene (wie oben erwähnten) Faktoren stark belastet ist, konkret verbessert werden? Welche Maßnahmen ergreift der Regierungsrat diesbezüglich kurz-, mittel- und langfristig unter Einbezug aller relevanten Faktoren (soziodemografisches Umfeld, finanzielle Mittel, Bildungsstatus, fehlende Naherholungsgebiete und Grünflächen, dichte Wohnverhältnisse, etc.)?*

Im unteren Kleinbasel stehen grosse Veränderungen bevor: Die Öffnung des Industrieareals Klybeck sowie die Modernisierung der Hafenanlagen bieten die Chance, neue Grün- und Freiflächen zu schaffen sowie zusätzlichen Wohnraum zu erstellen. Sowohl im Areal «klybeckplus» als auch am Klybeck- und Westquai werden mittel- bis langfristig neue Parkanlagen sowie weitere öffentliche Räume entstehen, welche die Freiraumversorgung in den Quartieren Klybeck und Kleinhünigen verbessern werden. Auf den bisher ausschliesslich für Industrie, Gewerbe und Hafenwirtschaft genutzten Arealen werden die planerischen Voraussetzungen zum Bau vielfältigen Wohnraums für eine hinsichtlich Lebensphasen und Lebensstilen stark durchmischte Bevölkerung geschaffen. Derzeit wird für diese Quartiere ein Stadtteilrichtplan erstellt, der die Strategie der räumlichen Entwicklung formuliert und den Umgang unter anderem mit dem Thema Grün- und Freiräume sowie Arbeits- und Wohnraum aufzeigt.

11. *Wie möchte der Regierungsrat verhindern, dass zusätzlich zu der zugespitzten Situation im unteren Kleinbasel weiterer Kriminaltourismus aus den Nachbarsländern angezogen wird? Ist der Regierungsrat in Kontakt mit den ausländischen (französisch-deutschen) Behörden? Falls ja, in welchen Bereichen gibt es eine Zusammenarbeit? Falls nein, weshalb nicht?*

Tatsächlich werden im unteren Kleinbasel auch Delikte von Personen begangen, die im grenznahe Ausland wohnhaft sind. Die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit zwischen der Kantonspolizei Basel-Stadt, der Polizei Basel-Landschaft, den französischen und deutschen Polizeibehörden sowie allen Zollbehörden erfolgt über die sogenannte TRINAT-SÜD. Diskutiert wurden und werden selbstverständlich auch die Sicherheitsprobleme im unteren Kleinbasel. Die Optimierung der polizeilichen Zusammenarbeit beschränkt sich nicht nur auf Informationsaustausch, sondern kann auch Prävention, Ermittlung und Repression umfassen.

12. Welche Strategie verfolgt der Regierungsrat hinsichtlich Jugendlicher und junger Erwachsener, die aufgrund ihrer ungeklärten Situation oder ihres Aufenthaltsstatus mit Perspektivlosigkeit konfrontiert sind und teilweise keinen strukturierten Alltag haben? Ist der Regierungsrat mit Akteuren wie beispielsweise dem Staatssekretariat für Migration SEM, welches das Bundesasylzentrum betreibt, in Kontakt, und falls ja, welche Möglichkeiten und Lösungen konnten diskutiert beziehungsweise erreicht werden?

Im Winter 2022/23 wurden vermehrt unbegleitete minderjährige Asylsuchende (UMA) aus dem Bundesasylzentrum an der Freiburgerstrasse auf der Dreirosen-Anlage registriert, deren Verhalten zum Teil problematisch war. Der Kanton hat daraufhin zusätzlich zu den Austauschrunden der bereits etablierten «Begleitgruppe Dreirosenanlage» zu einer «Austauschrunde UMA Basel» zwischen Vertretungen vom SEM (UMA-Betreuung), verschiedenen Organisationen im Bereich Jugendarbeit und UMA-Betreuungsteams der Sozialhilfe eingeladen. Die Ergebnisse aus beiden Austauschgefassen waren unter anderem der Grund, dass das SEM die Betreuung der unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden intensiver und mit besser qualifiziertem Personal vorangetrieben hat. Unterdessen werden wieder alle UMA beschult, auch über 16- Jährige. Alle haben Zugang zu Freizeitangeboten. Das SEM arbeitet dabei auch mit Freiwilligen zusammen, welche die UMA beim Bundesasylzentrum abholen und mit ihnen etwas unternehmen.

Für die jungen Erwachsene mit negativem Asylentscheid und blockiertem zwangswise Wegweisungsvollzug, die meist in einem Nordwestschweizer Kanton nothilfeberechtigt sind, aber nicht arbeiten dürfen, gibt es ausser der Rückreise keine Perspektive. Der Bund muss noch vermehrt auf diplomatische Wege setzen und auf die Herkunftsländer einwirken, damit diese ihre Staatsbürger schneller als solche anerkennen, identifizieren und ihnen Ausweispapiere ausstellen, damit auch der Vollzug der Wegweisung schneller erfolgen kann. Je schneller diese Gruppe junger Menschen in ihre Länder zurückkehren kann, desto weniger verfallen sie bei uns in Perspektivlosigkeit und Kriminalität. Ist der Vollzug der Wegweisung nicht möglich, sollten die Migranten gegen eine angständige Entlohnung arbeiten dürfen und gegebenenfalls sogar dazu verpflichtet werden können. Dazu wäre aber eine Änderung des eidgenössischen Asylgesetzes nötig.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Beat Jans
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin